

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lokale Agenda 21

Vom Virtuellen zum Konkreten: Projekte zügig umsetzen

Die auf dem Erdgipfel von Rio beschlossene Agenda 21 für Umwelt und Entwicklung ist eine ökologische, ökonomische und soziale Perspektive, die erhebliches Innovationspotential auch für Bremen beinhaltet. Trotz des nun mehr als dreijährigen Prozesses der Lokalen Agenda 21 in Bremen ist es nicht gelungen, dies hinreichend zu nutzen. Ursächlich hierfür ist nicht der Mangel an Ideen und Engagement der Bürger/-innen und beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, sondern die fehlende Bereitschaft, das Erarbeitete angemessen aufzugreifen. Das Aktionsprogramm liegt seit dem Frühjahr 1999 vor, eine Vielzahl von Seminaren und Veranstaltungen wurde durchgeführt, zahlreiche Publikationen sind erschienen und eine „weltweite“ Außendarstellung ist erfolgt. Jedoch sind weder die konsensuellen Leitideen der Agenda-21-Akteure in die aktuellen politischen Entscheidungen der Stadt Bremen eingeflossen noch wurden für die konzipierten Projekte die erforderlichen Finanzmittel bereit gestellt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bis spätestens Ende März die Voraussetzungen zu schaffen, dass umsetzungsreife Projekte („KITA – Küche der kurzen Wege“, „Nachhaltige Neustadt“, „Wettbewerb Nachhaltiges Wirtschaften“, „Welthaus für Umwelt und Entwicklung“) realisiert werden. Als erster Schritt sind die umgehend – wie vom Senat am 4. Mai 1999 beschlossen – in den zuständigen Fachdeputationen zu behandeln. Die notwendige Ressortabstimmung ist bei Projektanträgen zügig zu gewährleisten und Finanzierungsvorschläge sind vorzulegen;
2. Konzepte zu entwickeln, die dazu führen, dass spätestens ab Januar 2001 die Grundidee der Nachhaltigkeit (Zukunftsfähigkeit) als Prüfkriterium in Senatsbeschlüssen und in Planungen von Vorhaben einbezogen wird;
3. dafür Sorge zu tragen, dass sowohl das „Aktionsprogramm – Erste Schritte“ konkretisiert und fortgeführt als auch die Absicherung der dafür notwendigen Infrastruktur und Haushaltsmittel gewährleistet wird;
4. der Stadtbürgerschaft jährlich über die im Lokalen-Agenda-21-Prozess erarbeiteten Inhalte und Projekte Bericht zu erstatten.

Dr. Karin Mathes, Dr. Matthias Güldner,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen